



GEMEINDE BINNINGEN

Protokoll des Einwohnerrats

IX. Legislaturperiode

Sitzung Nr. 36 vom 9. Juni 2008

Ort: Kronenmattsaal

Dauer: 19.30 bis 22.30 Uhr

Leitung: U. von Bidder

Anwesend: 36 Mitglieder

Abwesend: K. Amacker, B. Jost Zürcher, G. Metz, W. Müller

Protokollgenehmigung: Das Protokoll der 35. Sitzung vom 19.5.2008 ist genehmigt.

Präsident:

Protokoll:

Urs von Bidder

Brigitte Christen

Mitteilungen des Präsidenten: *U. von Bidder:* Aus beruflichen Gründen hat Mirjam Schmidli, Grüne, den Rücktritt auf den 30. Juni 2008 mitgeteilt. Ihr Nachfolger ist Anand Jagtap.

Mitteilungen aus dem Einwohnerrats-Büro:

Am 29. Mai fand eine Sitzung statt. Nachdem die Verteilung der Geschäftskreise im Gemeinderat geklärt war, konnten die Nominierungen für die Wahlen vorgenommen werden. Ausserdem wurden die Stimmzählenden für das Wahlbüro bestimmt; gewählt werden sie vom Gemeinderat.

Neu eingereichte persönliche Vorstösse:

- Postulat SP: Verhinderung von Fluglärm; Gesch. Nr. 206
- Postulat FDP: Regio-Gewerbeparkkarte, Gesch. Nr. 207
- Postulat CVP: Brandruine an der Hauptstrasse 10, Gesch. Nr. 208
- Anfrage SVP: Einweihung Schlosspark am 30./31.8.2008, Gesch. Nr. 209 (vgl. Trakt. 9)

Die Vorstösse gehen zur Bearbeitung an den Gemeinderat.

Traktandenliste:

1. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 8.4.2008 und Bericht / Antrag der GRPK vom 23.5.2008:
Jahresbericht 2007 190
2. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 20.5.2008:
Rückständebericht 195
3. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 16.10.2007 und Bericht der BPK vom 12.5.2008:
Neusatz-Schulhaus: Investitionsausgabe von CHF 1'714'000.— für den Bau eines Doppelkindergartens / Investitionsausgaben von CHF 300'000.— für Umbau/Erweiterungen im Primarschulhaus 174
4. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 20.5.2008:
Umzonung der Parzelle Nr. 1243, Bündtenmattstrasse 93, in die Wohnzone W2b 201
5. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 29.4.2008:
Bewilligung einer Investitionsausgabe von CHF 105'000.— für die Sanierung und Korrektur der Rottmannsbodenstrasse 203
6. Stellungnahme betr. Überweisung / Antrag des Gemeinderats vom 20.5.2008:
Motion SVP: Einführung einer Gewerbeparkkarte 199
7. Stellungnahme betr. Überweisung / Antrag des Gemeinderats vom 20.5.2008:
Postulat SP: Förderung von Hochstamm-Obstbäumen 200
8. **Interpellation FDP: Parkraumbewirtschaftung beim Spiegelfeld** 198
Antwort des Gemeinderats
9. **Diverses: Anfrage SVP / Verabschiedungen**

Die Traktanden 7 und 8 werden aus Zeitgründen auf die August-Sitzung verschoben.

Traktandum 1**Geschäft Nr. 190**

Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 8.4.2008 und Bericht / Antrag der GRPK vom 23.5.2008:

Jahresbericht 2007

GRPK-Vizepräsident F. Dietiker: Die Kommission hat sich mit dem Rechnungsabschluss intensiv befasst. Zusammenfassend ist Folgendes zu erwähnen: Die integrale Betrachtungsweise von erbrachten Leistungen und Finanzen wird geschätzt, auch wenn sich bei einzelnen Produktgruppen zeigt, dass man sich immer noch in einem Lernprozess befindet, z. B. was die Steuerung über sinnvolles Benchmarking anbelangt. Die GRPK unterstützt die eingeschlagene Richtung. Die externe Revisionsfirma hat der Verwaltung ein gutes Zeugnis ausgestellt. Dies ist erfreulich und selbstverständlich auch der präsentierte Rechnungsabschluss. Mit der an der letzten Sitzung beschlossenen Änderung der Gemeindeordnung sind die nötigen Schritte eingeleitet, damit der Selbstfinanzierungsgrad auch nächstes Jahr im Schnitt von acht Jahren wiederum 100 %, betragen kann. Die GRPK dankt den Verfassern für den sorgfältig erstellten Bericht. Eine Korrektur ist im GRPK-Bericht noch anzubringen. Beim ersten Antrag muss es heissen: *Die Anträge des Gemeinderats gemäss Ziffern 1 - 7 sind zu genehmigen.* Lediglich Ziffer 8 ist zur Kenntnisnahme.

Eintreten:

FDP: M. Ziegler stellt mit Befriedigung fest, dass der Abschluss besser ausfällt als veranschlagt. Die Genauigkeit der Budgetierung darf positiv hervorgehoben werden. Die Verbesserung basiert auf höheren Steuererträgen aus früheren Perioden und weniger realisierten Investitionen. Was die fast schon gewohnt höheren Einnahmen bei den Steuern anbelangt, besteht die Gefahr, dass durchaus der gegenteilige Fall eintreten könnte. Obwohl bedeutend weniger investiert wurde bzw. konnte als geplant, ist im 2007 der Selbstfinanzierungsgrad von 100 % nicht erreicht worden. Besonders im Hinblick auf die Grossinvestitionen in den kommenden Jahren ist eine sorgfältige Budgetierung von grösster Wichtigkeit. Deshalb appelliert er an alle im Rat, Ausgabendisziplin einzuhalten. Seine Fraktion wird den Anträgen zustimmen.

SP: V. Dubi lobt die gute Verwaltungsarbeit und die Genauigkeit der Zahlen bei fast allen Produkten in Relation zum Budget. Im Gegensatz zum Vorredner möchte sie aber nicht bereits die Zukunft schwarz malen, sondern den besser als geplanten Abschluss positiv hervorheben. Selbstverständlich muss in den kommenden Jahren besonders vorsichtig und bewusst budgetiert werden. Bedauerlich ist, dass einmal mehr nur wenige Investitionen getätigt werden konnten. Inakzeptabel ist das Manko bei der Kinderbetreuung; denn die Wartefrist für einen Platz im Tagesheim beträgt immer noch 15 Monate. Die Anmeldung für das Tagesheim müsste demnach erfolgen, noch bevor überhaupt eine Schwangerschaft besteht.

SVP: C. Schaub dankt für den Jahresbericht und die Rechnung, welche allerdings in seiner Fraktion auf eine gewisse Skepsis stiess. Die Ausgaben sind erneut angewachsen und liegen deutlich über der Teuerung. Es wird erwartet, dass künftig die mit den Globalbudgets verbundene höhere Freiheit vermehrt unternehmerisch genutzt wird. Der vorhandene Spielraum in den einzelnen Globalbudgets muss besser ausgeschöpft werden. Auf diese Weise und in Anbetracht der guten Konjunkturlage könnte die drohende Steuererhöhung in naher Zukunft abgewendet werden.

CVP: L. Metzger schliesst sich dem Dank an für die Erstellung als auch Prüfung der Rechnung. Positiv sind das Resultat und die Einhaltung des Budgets. Dass einige Investitionen nicht realisiert wurden, ist seines Erachtens nicht schlimm. Manchmal lohnt es sich, eine Verzögerung in Kauf zu nehmen, wenn schliesslich ein überzeugendes Ergebnis erzielt wird. Den Anträgen der GRPK wird seine Fraktion zustimmen.

Auch *M. Schmidli Grüne/EVP* erwähnt anerkennend die sorgfältig ausgearbeitete Vorlage und die ausgeglichene Rechnung. Der Sachaufwand fiel kleiner aus als vorhergesehen. Wiederum konnten alle Investitionen abgeschrieben werden. Nicht alle konnten zwar wie vorgesehen getätigt werden, was zu einem viel höheren durchschnittlichen Selbstfinanzierungsgrad führte. Mit dem Schlossparkprojekt geht es vorwärts und die zurückgestellten Mittel werden nun aufgebraucht. Bezüglich Leistungsberichte regt sie an, Wirkungs- und Leistungsziele zu überprüfen, ob überhaupt Steue-

zungsmöglichkeiten bestehen bzw. die Ziele zu vereinfachen aber den Vergleich zum Vorjahr dennoch beizubehalten. Viele Vorgaben sind für Aussenstehende nicht nachvollziehbar. Ihre Fraktion genehmigt die Anträge der GRPK.

Stellungnahme des Gemeinderats: *J. Saxer:* Die neue Form der Rechnungslegung ist wesentlich aussagekräftiger als in früheren Jahren. Nicht alle Globalbudgets sind ausgeschöpft worden, so dass sich Minderausgaben ergaben, was wiederum den Cash Flow erhöhte. Deshalb beantragt der Gemeinderat, 5.085 Mio. Franken für Vorfinanzierungen zu verwenden. Der Abschluss für 2007 ist wiederum besser als erwartet. Das war nicht immer so. Als er 1992 das Amt antrat, fiel ihm die Aufgabe zu, aufgrund der schlechten Finanzlage eine drastische Sparübung bei sämtlichen Budgetposten durchzuführen und ausserdem waren Steuerfusserhöhungen notwendig. Er wünscht, dass dies dem neuen Gemeinde- und Einwohnerrat erspart bleibt.

Detailberatung: keine Wortbegehren.

Präsident U. v. Bidder: Es sind noch drei Zahlen zu korrigieren: Beim Antrag 1.4 lautet der Betrag der Aufwendungen der Laufenden Rechnung CHF 73'363'290; beim Antrag 1.5, Zuweisungen an das Eigenkapital ist der Betrag 534.- und bei der Entnahme aus Vorfinanzierungen lautet die korrekte Zahl CHF 6'216'184.

Einstimmig wird beschlossen:

://:	1.1 Die Leistungsberichte werden genehmigt.	
	1.2 Die Globalrechnungen mit einem Nettoaufwand von insgesamt CHF 39'988'756 für folgende Produktgruppen werden genehmigt: (Zahlen gerundet)	
	- Einwohnerdienste, Aussenbeziehungen	CHF 2'379'125.—
	- Steuern	787'025.—
	- Gesundheit	3'583'243.—
	- Kultur, Freizeit, Sport	2'990'314.—
	- Bildung	12'931'909.—
	- Öffentliche Sicherheit	914'359.—
	- Soziale Dienste	11'740'394.—
	- Verkehr, Strassen	3'493'149.—
	- Versorgung	897'778.—
	- Raumplanung, Umwelt	271'462.—
	1.3 Die Positionen ausserhalb der Globalbudgets mit einem Nettoertrag von insgesamt CHF 39'989'290 werden genehmigt.	

Mit 34 Ja bei 1 Enthaltung (35 Anwesende) wird beschlossen:

://:	1.4 Die Laufende Rechnung 2007 wird mit Aufwendungen von CHF 73'363'290, Erträgen von CHF 73'363'824 und einem Ertragsüberschuss von CHF 534 genehmigt.
-------------	--

Einstimmig wird beschlossen:

://:	1.5 Ergebnisverwendung: die Verwendung des Bruttoüberschusses 2007 von CHF 7'466'671 wird wie folgt genehmigt: (Zahlen gerundet)	
	- Zusätzliche Abschreibungen	CHF 8'588'494.—
	- Einlage in Vorfinanzierungen	5'085'000.—
	- Einlage in den Kulturfonds	53'807.—
	- Zuweisung an das Eigenkapital	534.—
	- Entnahme aus Vorfinanzierungen	6'216'184.—
://:	1.6 Folgende Abrechnung über eine Investitionsausgabe wird direkt beschlossen: Diverse Strassendeckbeläge, Nettoaufwendungen	CHF 263'528.35
	1.7 Die Bestandesrechnung mit Aktiven von CHF 53'069'798 und Passiven von 53'069'264 wird genehmigt.	

1.8 Die Investitionsrechnung 2007 wird mit Ausgaben von CHF 9'659'992, Einnahmen von CHF 1'735'933 und Nettoinvestitionen von 7'924'059 zur Kenntnis genommen.

Traktandum 2

Geschäft Nr. 195

Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 20.5.2008:

Rückständebericht

Eintreten:

SP: F. Dietiker präzisiert zur Stellungnahme zum Postulat in Pt. 1, Sport- und Sportstätten nach Schliessung der Schiessanlage Allschwiler-Weiher, dass die Umzonung aufgrund von Beschwerden noch nicht rechtsgültig ist.

CVP: L. Metzger bemerkt, dass seine Fraktion das Postulat (Pt. 4) Schliessung des Schiessstandes am Allschwiler-Weiher, noch nicht abschreiben will. Die Lösung mit der Lachmatt mit der Gemeinde Muttenz ist noch nicht definitiv.

SP: U. Kunz erwähnt dazu, dass laut Auskunft der Militärverwaltung Basel-Stadt die Basler Schützen ab nächster Saison die Schiessanlage Lachmatt benützen können. Es ist nur noch ein Einzelrekurs hängig, welcher aber kaum aufschiebende Wirkung haben wird.

Grüne/EVP: R. Bänziger: Bezüglich der Stellungnahme zur Motion Neubadrain/Paradiesstrasse (Pt. 5 im Bericht) ist es ihr ein Anliegen ein klares Nein zur Südumfahrung einzubringen. Der Allschwilerwald ist ein überaus wertvolles Naherholungsgebiet für alle umliegenden Gemeinden, das dadurch zerschnitten würde. Die Umfahrung würde nur eine kurzfristige Verkehrsentslastung bringen. Erwiesenermassen generieren neue Strassen neuen Verkehr und die Staus verlagern sich lediglich. Die Anzahl der Benutzer/innen des öffentlichen Verkehrsmittels ist in den letzten Jahren erfreulicherweise kontinuierlich gestiegen. Der Ausbau des ÖV ist deshalb richtig.

SP: D. Migliazza unterstützt vollumfänglich das Votum der Vorrednerin.

SVP: U.-P. Moos hält dem entgegen, dass in den letzten Jahren die Strassen systematisch verengt und die Durchfahrt erschwert worden sind. Jede Aktion ruft eine Reaktion hervor. Man kann nicht dem Privatverkehr Steine in den Weg legen und zugleich eine Umfahrungsstrasse ablehnen.

CVP: L. Metzger stellt den Ordnungsantrag, dass nicht weiter über Verkehrsprobleme diskutiert wird, sondern über die Anträge des Gemeinderats.

://: Der Ordnungsantrag von L. Metzger wird mit 19 Ja, 14 Nein bei 2 Enthaltungen angenommen. Demnach wird ausschliesslich zu den Anträgen des Gemeinderats Stellung genommen.

SP: F. Dietiker ist enttäuscht über die Erklärungen des Gemeinderats zu seinem Postulat Midnight Basketball für Binningen, nota bene eingereicht im 2005. Die Gemeinde verfügt bekanntlich über ein Kinder- und jugendpolitisches Konzept. In diesem wird deklariert, dass Anstrengungen unterstützt werden, welche die körperliche, psychische und soziale Gesundheit von Jugendlichen fördert. Es sollen Möglichkeiten geschaffen werden, die von Kindern unkompliziert genutzt werden können, ausserdem soll flexibel auf rasch wechselnde Bedürfnisse reagiert werden. Laut diesem Konzept will die Gemeinde eine Führungsrolle übernehmen, Massnahmen prüfen und bei Bedarf bestehende Angebote erweitern. Dies steht in krassem Widerspruch zur Begründung des Antrags auf Abschreibung des Vorstosses. Der Bedarf an niederschweligen Angeboten ist klar vorhanden; denn längst nicht alle haben die finanziellen Mittel um auszugehen. Während die Gemeinde für Erwachsene diverse Sport-Angebote anbietet, gehen die Jugendlichen leer aus. Und dies, obschon die Fettleibigkeit bei Kindern und deren Folgen inzwischen allgemein bekannt sind. Wenn es der FDP-Fraktion mit ihrem Aufruf für mehr Bewegung der Bevölkerung ernst ist, so kann sie dem Antrag auf Abschreiben nicht zustimmen. Die Idee von Midnight Basketball stammt aus den USA und dient der Bekämpfung von Vandalismus und Jugendkriminalität, ein besonderes Anliegen der SVP. Er ruft dazu auf, der neu zusammengesetzten Exekutive die Möglichkeit zu geben, das Anliegen nochmals zu prüfen.

FDP: M. Bolleter hatte Gelegenheit, das Projekt näher kennen zu lernen und ist davon positiv überrascht. Schweizweit wird an rund 50 Orten Midnight Basketball angeboten. Durchschnittlich nehmen 30 bis 50 Jugendliche regelmässig daran teil. Der Gemeinderat begründet seinen ablehnenden Antrag u. a. damit, dass Anfragen bei Institutionen kaum auf Echo stiessen. Seines Wissens wurde die reformierte Kirchgemeinde nicht kontaktiert. Diese wäre bestimmt bereit mitzumachen. Die Initiierung ist relativ einfach. Die Dachorganisation Midnight-Projekte Schweiz übernimmt rund die Hälfte der Kosten und wäre bei der Administration behilflich. Seine Fraktion will deshalb das Postulat ebenfalls nicht abschreiben.

Grüne/EVP: R. Bänziger bedauert sehr, dass das Projekt bisher nicht umgesetzt wurde. Inzwischen hat das Jugendhaus eine neue Leitung, auch haben sich die Elterngruppen der verschiedenen Schulhäuser neu zusammengesetzt; daher soll der Gemeinderat nochmals einen Anlauf nehmen. Ihre Fraktion wird gegen die Abschreibung stimmen.

Gemeinderat M. Joset vertritt die Auffassung, dass die Sache zwar sinnvoll, aber in Binningen nicht leicht umzusetzen ist. Es wurden nicht die reformierte und die katholische Kirchgemeinde angeschrieben, sondern deren jeweilige Jugendarbeiter/innen. Letztere nehmen auch an den regelmässigen Koordinationssitzungen teil. An der entsprechenden Sitzung waren beide entschuldigt. Das Problem ist die Trägerschaft, welche sich nicht fand. Es gab lediglich eine schriftliche und zwei mündliche Rückmeldungen. Daher entschied der Gemeinderat, den Auftrag nicht an den schweizerischen Förderverein Midnight Basketball zu vergeben, was mit Kosten von 25 - 30'000 Franken verbunden gewesen wäre.

Grüne/EVP: B. Gürler anerkennt, was zur Erhöhung der Sicherheit am Fussgängerstreifen an der Hauptstrasse hinsichtlich Lichtsignalanlage unternommen wurde (Gesch. 114/2006). Wirklich befriedigend ist die Lösung jedoch nicht, insbesondere für die Schulkinder. Der Vorstoss soll noch nicht abgeschrieben werden.

Gemeindepräsident C. Simon bestätigt, dass die Kreuzung sehr komplex ist, aber leider keine weiteren Verbesserungen möglich sind.

SP: G. Köhler äussert sich zum Postulat Realisierung des Margarethenstichs dahingehend, dass seine Fraktion nicht bereit ist, den Vorstoss abzuschreiben; denn dieses überaus wichtige Projekt ist noch keineswegs abgeschlossen.

Gemeindepräsident C. Simon erläutert, dass der Gemeinderat nicht mehr Einfluss auf die Angelegenheit nehmen kann, denn inzwischen wird sie vom Regierungsrat behandelt. Es scheint übrigens realistisch, dass die Umsetzung sogar vor 2016 geschieht.

Einstimmig wird beschlossen:

- ://:** Folgende Vorstösse werden als erledigt abgeschrieben:
- 2.1 Postulat SP: Sport- und Sportstätten nach Schliessung der Schiessanlage Allschwiler-Weiher;**
 - 2.2 Postulat FDP: Schliessung des Schiessplatzes Allschwiler-Weiher / Schaffung von Sportplätzen auf diesem Areal;**
 - 2.3 Postulat CVP: Erwerb des Areals des Schiessplatzes Allschwiler-Weiher durch die Gemeinde Binningen**

Mit 19 Ja, 12 Nein 5 Enthaltungen wird beschlossen:

- ://:** 2.4 Das Postulat CVP: Schliessung des Schiessstandes am Allschwiler-Weiher, wird als erledigt abgeschrieben.

Mit 29 Ja, 2 Nein und 5 Enthaltungen wird beschlossen:

- ://:** 2.5 Das Postulat SP, Grüne/EVP: Midnight Basketball für Binningen wird *nicht* abgeschrieben.

Mit 21 Ja, 11 Nein 4 Enthaltungen wird beschlossen:

- ://:** 2.6 Das Postulat SP, Grüne/EVP: Sicheres Überqueren der Hauptstrasse, wird als erledigt abgeschrieben

Mit 22 Ja, 12 Nein bei 2 Enthaltungen wird beschlossen:

- ://:** 2.7 Das Postulat FDP: Rasche Realisierung des Margarethenstichs der Tramlinie 10 wird *nicht* abgeschrieben.

Mit 35 Ja bei 1 Enthaltung wird beschlossen:

- ://:** 2.8 Das Postulat CVP: Buslinie 61, 15-Minutentakt während der Hauptverkehrszeiten, wird als erledigt abgeschrieben.

Traktandum 3**Geschäft Nr. 174**

Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 16.10.2007 und Bericht der BPK vom 12.5.2008:

Neusatz-Schulhaus: Investitionsausgabe von CHF 1'714'000.— für den Bau eines Doppelkindergartens / Investitionsausgaben von CHF 300'000.— für Umbau/Erweiterungen im Primarschulhaus

BPK-Präsident M. Trautwein bedankt sich für die Unterstützung durch die involvierten Stellen. Die Erwähnung des Wortes HarmoS in der Vorlage hat für einige Verwirrung gesorgt. Wie sich herausstellte, besteht aber kein direkter Zusammenhang. Der Neubau als solcher war unbestritten. Vielmehr wurde der Bedarf mittel- und längerfristig kritisch hinterfragt. Die Schulverantwortlichen konnten jedoch mit Zahlen belegen, dass es den Doppelkindergarten braucht. Durch die Absicht des Gemeinderats, die Liegenschaft an der Bündtenmattstrasse 93 zu verkaufen, entschärft sich die Situation deutlich. Die BPK stellt diesbezüglich einen zusätzlichen Antrag. Der Einbau eines Behindertenlifts im Primarschulhaus wurde intensiv diskutiert. Letztlich entschied sich die BPK für einen zweckmässigen und relativ günstigen Treppenlift. Das dadurch eingesparte Geld wird für die dringende Erneuerung der Turnhallenfenster verwendet.

Eintreten:

SVP: F. Gerber gibt bekannt, dass seine Fraktion nicht in allen Punkten diese Meinung teilt. Der Umbau und die Erweiterung des Primarschulhauses werden unterstützt. Der Erlös aus dem Verkauf der Liegenschaft an der Bündtenmattstrasse könnte für den Bau eines Kindergartens verwendet werden. Problematisch ist die Investition von 1,7 Mio. Franken für einen Doppelkindergarten, welche zu früh kommt. Derzeit werden in Binningen ohnehin bereits diverse Grossprojekte realisiert. Zudem hängt dieser Kindergarten untrennbar mit dem Schlossacker-Projekt zusammen, welches noch nicht definitiv beschlossen ist. Das Fuder soll nicht überladen und eine Steuererhöhung nicht unnötig provoziert werden. Aus diesem Grund stellt die SVP-Fraktion folgenden Antrag: *Der Bau des Doppelkindergartens wird um mindestens ein Jahr zurück gestellt und nach dieser Zeit dem Einwohnerrat erneut zur Bewilligung unterbreitet.*

S. Cron vertritt für die FDP-Fraktion die Meinung, dass beide Kredite genehmigt werden. Der Bedarf für den Doppelkindergarten konnte nachgewiesen werden. Der Bau ist nicht sehr dringlich, auch ist noch nicht klar, wann der Kindergarten Schlossacker aufgehoben wird. Ausserdem ist einer im Meiriacker-Schulhaus unbenützt. Weil der Neubau mit hohen Kosten verbunden ist, ist der Verkauf der Parzelle 1243 zwingende Voraussetzung zur Finanzierung. Die Renovation des Primarschulhauses Neusatz ist zweckmässig und notwendig.

Grüne/EVP: R. Bänziger: Nachdem das Thema HarmoS geklärt war, war der Doppelkindergarten-Neubau unbestritten. Die Wünsche der Lehrerschaft konnten ebenfalls berücksichtigt werden. Der Einbau eines Treppenlifts ist eine gute und günstige Lösung. Besonders erfreulich ist, dass so energiesparende Fenster in der Turnhalle finanziert werden können.

CVP: A. Achermann: Die Anträge des Gemeinderats bzw. jene der BPK werden gutgeheissen. Die Änderungen, welche die BPK am Projekt vorgenommen hat, werden befürwortet. Der Bedarf für den Doppelkindergarten ist ausreichend belegt, zumal zwei Einzelkindergärten dann geschlossen werden können.

SP: T. Rehmann erwähnt, dass der Rat mit Geschäft 129 im September 2006 dem Kauf der Parzelle 711 an der Rottmannsbodenstrasse beim Neusatz-Schulhaus zustimmte. Ein Wettbewerb ist daraufhin ausgeschrieben worden. Daher kann die Opposition gegen den Kindergarten in ihrer Fraktion nicht nachvollzogen werden. Das Projekt ist unbestritten; obschon die SP grundsätzlich nicht Befürworterin von Verkäufen gemeindeeigener Liegenschaften ist, wird in diesem Fall die Veräusserung akzeptiert.

CVP: L. Metzger bezweifelt, dass der Verkaufserlös genügen wird, um den 1.7 Mio. teuren Doppelkindergarten damit finanzieren zu können, wie im BPK-Bericht zu lesen ist.

BPK-Präsident M. Trautwein bestätigt, dass diese Annahme optimistisch ist und möglicherweise nicht ganz ausreichen wird. Jedenfalls soll der Erlös für den Neubau verwendet werden.

SVP: U.-P. Moos widerspricht *T. Rehmann*. Bei der Umzonung der Parzelle an der Rottmannsbodenstrasse ging es lediglich um eine Projektplanung. Dass damit dem Doppelkindergarten quasi bereits zugestimmt worden wäre, trifft nicht zu. Es geht heute um die Frage, ob Bedarf für den Kindergarten besteht und dieser ist seines Erachtens nicht ausreichend belegt. Sowohl jener an der Amerikaner- als auch an der Bündtenmattstrasse ist keineswegs ausgelastet, ein weiterer im Meiriacker-Schulhaus steht leer. Es herrscht kein Zeitdruck, um nicht die Situation in einem Jahr neu zu beurteilen. Wenn schon müsste der Bau in zwei Etappen erfolgen können. Die Variante darf nicht entweder doppelt oder nichts lauten. Daher bittet er um Unterstützung des SVP-Antrags.

SP: F. Dietiker: Das Geschäft wurde der BPK überwiesen. Alle Fragen hätten dort eingebracht werden können. Daher stellt er den Ordnungsantrag, dass keine Detaildebatte geführt und über die vorliegenden Anträge beschlossen wird.

://: Mit 23 Ja, 10 Nein bei 2 Enthaltungen wird dem Ordnungsantrag zugestimmt.

U. von Bidder lässt über den Antrag der SVP abstimmen:

://: Mit 26 Nein und 10 Ja wird der SVP-Antrag, Rückstellung des Geschäfts um mindestens ein Jahr, abgelehnt.

Mit 27 Ja, 5 Nein bei 4 Enthaltungen wird beschlossen:

://: 3.1 Für den Bau eines Doppelkindergartens beim Neusatz-Schulhaus wird eine Investitionsausgabe von CHF 1'714'000 bewilligt.

Einstimmig wird beschlossen:

://: 3.2 Für den Umbau und die Erweiterung im Primarschulhaus wird eine Investitionsausgabe von CHF 300'000 bewilligt.

Mit 19 Ja, 4 Nein und 13 Enthaltungen wird beschlossen:

://: 3.3 Der Einwohnerrat begrüsst die formulierte Absicht des Gemeinderats, die Liegenschaft Bündtenmattstrasse 93 baldmöglichst zu verkaufen und den Erlös zur Finanzierung des Doppelkindergartens zu verwenden.

Präsident U. v. Bidder gibt bekannt, dass ein Antrag für ein Behördenreferendum von *U.-P. Moos* zum gemeinderätlichen Antrag 1 betr. Doppelkindergarten vorliegt. Er erläutert, dass für das Zustandekommen ein Drittel des Rats, d. h. 12 Mitglieder zustimmen müssten.

SVP: U.-P. Moos begründet den Antrag damit, dass für den Kindergarten kein dringender Bedarf besteht. Im Übrigen wurde die Debatte mit dem Ordnungsantrag unterbunden.

Stellungnahme des Gemeinderats: *M. Joset*: Der Bedarf wurde sehr sorgfältig eruiert. Kurz zusammengefasst dies: Die Anzahl der Kindergärten schwankte längere Zeit zwischen 11 und 12. Ab dem Jahr 2010/11 werden 12 Kindergärten benötigt, und zwar inkl. den drei im Meiriacker, jenem an der Amerikanerstrasse sowie den zwei neu zu erstellenden im Neusatz-Schulhaus, jedoch ohne

jene an der Bündtenmattstrasse und im Schlossacker. Längerfristig wird sich die Zahl zwischen 11 und 12 einpendeln. Sie wird sich relativ konstant entwickeln. Wie viele Kinder es ab dem Schuljahr 2013/14 sein werden, muss verständlicherweise hochgerechnet werden.

FDP: M. Bolleter bekräftigt die Aussage von M. Joset und unterstreicht, dass die gemachten Angaben seriös errechnet worden sind. Der Bedarf in der BPK war nicht umstritten.

SVP: U.-P. Moos möchte vom Gemeinderat erfahren, weshalb im Meiriacker-Schulhaus drei Kindergärten gebaut wurden, wovon einer untervermietet wird, weil er nicht gebraucht wird.

Gemeinderat M. Joset: Die Planung für den Meiriacker liegt über acht Jahre zurück; sein Vorgänger war dafür zuständig. Schon damals bestand die Absicht, die Kindergärten bei den Primarschulen anzugliedern. Weil der Holey-Kindergarten teuer gemietet werden musste und eine vorübergehende Lösung darstellte und auch bereits bekannt war, dass der jener an der Amerikanerstrasse baulich in einem schlechten Zustand ist, wurde grosszügig geplant. Die heutigen Fakten bestätigen, dass dies richtig war.

SP: G. Löhr weist darauf hin, dass nicht nur mit dem Geld sorgfältig umgegangen werden soll, sondern auch mit dem Instrument des Behördenreferendums. Es sollte nicht leichtfertig ergriffen werden, nur weil einem der Verlauf der Diskussion nicht passt. Die Erfahrung vor einem Jahr erwies sich als unklug und hinterher musste man sich aus der Affäre ziehen. Abgesehen davon, dass eine Volksabstimmung viel Geld kostet. Es stellt ausserdem eine Desavouierung der Kommissionsarbeit als auch des Rats dar.

SVP: U. Rediger findet es nicht in Ordnung, wenn mittels Ordnungsantrag die Diskussion im Rat abgewürgt wird. Auch Ratsmitglieder, die nicht in einer Kommission vertreten sind, sollten sich äussern dürfen. U.-P. Moos sah offenbar keine andere Möglichkeit.

FDP: M. Ziegler betont seinerseits, dass es jedem Ratsmitglied unbenommen bleibt, vom Behördenreferendum Gebrauch zu machen. Seine Fraktion wird in diesem Fall jedoch den Antrag ablehnen.

SP: U. Kunz entgegnet, dass das Behördenreferendum nicht unbedacht ergriffen werden darf. Ansonsten muss die Gemeindeversammlung wieder eingeführt werden, an welcher jedermann sich zu Wort melden kann.

://: Der Antrag von U.-P. Moos betr. Ergreifen des Behördenreferendums wird mit 1 Ja, 30 Nein bei 5 Enthaltungen abgelehnt.

Traktandum 4

Geschäft Nr. 201

Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 20.5.2008:

Umzonung der Parzelle Nr. 1243, Bündtenmattstrasse 93, in die Wohnzone W2b

Eintreten:

FDP: S. Cron: Mit diesem Geschäft werden die Voraussetzungen für den Verkauf der Parzelle geschaffen, auf welcher sich der Kindergarten Bündtenmatt befindet, um die Liegenschaft verkaufen zu können. Ihre Fraktion stimmt dem Antrag zu und fordert den Gemeinderat gleichzeitig auf, die Liegenschaft an den Meistbietenden zu verkaufen. Die Fraktion wird dem Geschäft zustimmen.

SP: T. Rehmann ist der Auffassung, dass es Sache des Gemeinderats ist, an wen die Liegenschaft verkauft wird. Ihre Fraktion wird der Umzonung zustimmen.

CVP: A. Achermann schliesst sich den vorausgegangenen Voten an. Allerdings wird der Verkaufserlös nicht ausreichen, um den Doppelkindergarten damit finanzieren zu können. Der Gemeinderat

wird hoffentlich einen Investor finden, der ein optimales Wohnbaukonzept umsetzen will. Auch seine Fraktion heisst den Antrag gut.

Grüne/EVP: B. Gürler äussert sich ebenfalls zustimmend. Persönlich findet sie es zwar problematisch, wenn die reiche Gemeinde ohne absolut zwingenden Grund Land veräussert.

SVP: E. Kohl ist erstaunt über die einschränkenden Äusserungen und meint, dass beim vorausgehenden Geschäft 174 mit der Zustimmung zu Antrag 3 bereits klar zum Ausdruck kam, dass die Liegenschaft verkauft werden muss. Es wäre unverantwortlich, dies nicht zum besten Preis zu tun.

SP: T. Rehmann: Land- bzw. Liegenschaftsverkauf gehören sicher nicht zum Kerngeschäft des Rats. Prinzipiell ist es gut, wenn die Gemeinde über Reserven verfügt, z. B. für eine Wohngenossenschaft, die kaum zu den Meistbietenden gehören würde. In diesem speziellen Fall und im Hinblick auf den Kauf an der Rottmannsbodenstrasse ist ihre Fraktion für die Umzonung.

SP: S. Zürcher weist nochmals darauf hin, dass die Fraktion dem Geschäft zustimmen wird. Sie gibt dem Gemeinderat lediglich mit auf den Weg, darauf zu achten, wem er verkauft und für ein möglichst sinnvolles Projekt.

FDP: M. Ziegler betont, dass für seine Fraktion der Doppelkindergarten am meisten Sinn macht und deshalb den Landabtausch klar befürwortet und kein "Heimatschutz" betrieben werden soll.

CVP: L. Metzger: Die Wohnzone wird den Bau eines 2-, maximal ein 4-Familienhauses zulassen. Daher fällt eine Wohngenossenschaft ausser Betracht.

SP: F. Dietiker ruft in Erinnerung, dass der Gemeinderat vor wenigen Monaten einen Bericht unterbreitet hat, in welchem er seine diesbezügliche Strategie darlegte. Der Rat darf darauf vertrauen, dass die Exekutive sich daran hält und auch den finanziellen Aspekt berücksichtigt.

Stellungnahme des Gemeinderats: *A. Schuler* erwähnt noch, dass die Parzelle 1322 m² Fläche umfasst. Bei einer Umzonung ist ein kleines Mitwirkungsverfahren obligatorisch. Zur entsprechenden Publikation im Binninger Anzeiger gab es innert Frist keine Einwände aus der Bevölkerung. Eine eingegangene Mietanfrage hat der Gemeinderat abschlägig beantwortet.

Einstimmig wird beschlossen:

://: Die Umzonung der Parzelle Nr. 1243 (Bündtenmattstrasse 93) von der Zone OeWA in die Zone W2b wird genehmigt.
--

Traktandum 5

Gesch. Nr. 203

Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 29.4.2008:

Bewilligung einer Investitionsausgabe von CHF 105'000.— für die Sanierung und Korrektur der Rottmannsbodenstrasse

Eintreten:

SP: G. Köhler: Zweifellos ist die Sanierung für die Schule und den Kindergarten wichtig. Seine Fraktion wird den Kredit bewilligen. Ursprünglich hat der Gemeinderat das Geschäft zum Direktbeschluss mit dem Voranschlag unterbreitet. Der Rat verlangte jedoch eine separate Vorlage, was die Sache bezüglich administrativem Aufwand und finanziell verteuert hat. Er appelliert deshalb, solche Investitionen künftig direkt zu beschliessen. Wenn schon wäre es sinnvoll gewesen, die Sache ebenfalls durch die BPK prüfen zu lassen, weil sie in Zusammenhang mit dem Schulprojekt Neusatz steht. Und schliesslich eine Bitte: Pläne sollten separat im Internet publiziert werden, damit etwas

darauf zu erkennen ist. Folgende Fragen drängen sich ihm auf: Der Abschnitt liegt in der Tempo 30-Zone, weshalb ist kein Fussgängerstreifen vorgesehen? Der Parkplatz in der blauen Zone kurz vor der Kreuzung müsste s. E. aufgehoben werden; denn wenn er belegt ist, haben Kinder keine Sicht mehr. Ausserdem möchte er erfahren, ob bei der Umsetzung des Generellen Entwässerungsplans (GEP) keine andere Lösung in Frage käme analog Waldeckweg.

FDP: M. Bolleter hält fest, dass seine Fraktion zustimmen wird. Stutzig macht ihn der Satz "Die Bauarbeiten sollen *nach Möglichkeit* mit dem geplanten Bau des Doppelkindergartens koordiniert werden." Eine Koordination ist auf alle Fälle anzustreben.

CVP: A. Achermann: Der Kredit wird von seiner Fraktion ebenfalls bewilligt. Die Sanierung ist gerechtfertigt. Dass im Bereich des Schulhauses auch die Verkehrssicherheit erhöht wird, ist positiv.

Stellungnahme des Gemeinderats: *C. Simon* erläutert, dass für Fussgängerstreifen der Kanton zuständig ist. Es ist unüblich, in Tempo 30-Zonen solche anzubringen. Er wird die Frage nochmals prüfen ebenso die Aufhebung des Parkplatzes. Eine Realisierung des GEP wie im Waldeckweg ist nicht umsetzbar. Vergleichbar ist die Situation ohnehin nicht. Überdies handelt es sich hier nur um ein kurzes Teilstück. Die Koordination mit dem Neubau versteht sich von selbst.

FDP: M. Ziegler teilt die Ansicht von G. Köhler betr. Aufhebung des Parkplatzes nicht. Dieser befindet sich in einer Tempo 30-Zone. Mit Einführung der Blauen Zone reduzierte sich die Zahl der Parkplätze, deshalb ist er grundsätzlich gegen eine weitere Aufhebung.

SP: T. Rehmann: Bei der Strassenkreuzung Neusatzweg/Rottmannsbodenstrasse wurde bei der Errichtung der Tempo 30-Zone ein Stoppsack aufgemalt und vom Kanton bewilligt. Was ist neu vorgesehen?

Gemeindepräsident C. Simon antwortet, dass dieser Stopp aufgehoben wird; mit den andern verkehrsberuhigenden Massnahmen erübrigt sich dieser.

Mit 34 Ja, 1 Nein bei 1 Enthaltung wird beschlossen:

<p>://: Für die Sanierung und Korrektur der Rottmannsbodenstrasse im Bereich des Neusatz-Schulhauses wird eine Investitionsausgabe von CHF 105'000 bewilligt.</p>
--

Traktandum 6

Gesch. Nr. 199

Bericht betr. Überweisung / Antrag des Gemeinderats vom 20.5.2008:

Motion SVP: Einführung einer Gewerbeparkkarte

Eintreten:

SVP: U.-P. Moos erklärt sich nicht bereit, die Motion in ein Postulat umzuwandeln. Für das Gewerbe besteht Handlungsbedarf, was schriftlich im Januar 2008 dem Gemeinderat mitgeteilt worden ist. Die Antwort lautete, dass er nichts unternehmen könne und das Gewerbe sich an den Einwohnerrat wenden solle. Der Vorstoss wurde von ihm formuliert und vorgängig den andern Fraktionen zur Vernehmlassung unterbreitet. Er erhielt keine Einwände. Daher soll die Motion überwiesen werden.

SP: S. Brenneisen findet das Vorgehen des Gemeinderats richtig. Es fanden Gespräche mit Gewerbevertretern statt. Gemeinsam wurde vereinbart, dass bis im Herbst Erfahrungen gesammelt werden und dann Bericht erstattet wird. Es macht Sinn, die Motion in ein Postulat umzuwandeln. Aus diesem Grund wird der Antrag des Gemeinderats unterstützt.

FDP: S. Kaiser: Mit der Einführung einer Anwohnerparkkarte sind noch gewisse Kinderkrankheiten verbunden. Dass für das Gewerbe noch Optimierungsbedarf besteht, trifft zu. Es wird aber be-

grüsst, dass vorerst weitere Erfahrungen gesammelt und die Betroffenen bei der Auswertung mit- einbezogen werden. Das Problem stellt sich jedoch nicht ausschliesslich in Binningen. Aus Sicht der FDP müsste eine regionale Lösung gefunden werden. Dazu anregen soll das heute eingereichte Postulat.

B. Gürler ist durchaus offen für die Anliegen des Gewerbes. Doch für die Grüne/EVP-Fraktion besteht die Problemlösung im Umsteigen auf den öffentlichen Verkehr oder aber öffentlicher Parkraum muss etwas kosten. Die betroffenen Geschäfte können Tageskarten beziehen. Die entstehenden Kosten von acht Franken können sie auf die Kundschaft überwälzen. Novartis verlangt beispielsweise für Angestellten-Parkplätze 150 Franken pro Monat. Die Anwohnerparkkarten sind gratis, was aus umweltschützerischen Überlegungen nicht optimal ist. Gewisse Konzessionen wurden gemacht, doch dürfen die Autofahrer/innen nicht noch mehr privilegiert werden. Die Motion soll dem Gemeinderat nicht überwiesen werden.

SP: G. Köhler stellt nicht in Frage, dass für das Gewerbe eine bessere Lösung gefunden wird. Doch darf es nicht darauf hinaus laufen, dass die Anwohnerschaft deshalb schlechter gestellt wird. Er ist selber Mitglied des Gewerbevereins und zufrieden mit der heutigen Lösung. Möglicherweise sind es einzelne Vereinsmitglieder, welche mehr verlangen.

SVP: U.-P. Moos eröffnet, dass er den erwähnten Betrag von monatlich 150 Franken der Novartis als Richtwert für seine nächste Motion zum Thema Lehrerparkplätze aufnehmen wird. Laut Stellungnahme des Gemeinderats haben angeblich Gespräche mit Vertretern des Gewerbes stattgefunden. Er konnte jedoch keine Mitglieder ausfindig machen, welche dies bestätigten. Auch bestehen offenbar noch andere dringliche Probleme in diesem Zusammenhang. Er möchte erfahren welche. Er stellt fest, dass die SP-Fraktion sich vor den Wahlen gewerbefreundlich gab, nun aber das Gewerbe nicht mehr unterstützen will.

Stellungnahme des Gemeinderats: *C. Simon* versichert, dass das Anliegen ernst genommen wird. Es erscheint ihm aber wichtig, dass die nötige Zeit, um Erfahrungen zu sammeln eingeräumt wird. Vielerlei Bedürfnisse sind angemeldet worden, die wenigsten davon aber schriftlich. Vor der Einführung gab es recht viele Anfragen. Seit der praktischen Umsetzung sind diese selten geworden. Die Blaue Zone hat zum Ziel, wieder mehr freien Parkraum zu schaffen und Dauerparkieren zu unterbinden. Es stellt sich heraus, dass dies an gewissen Orten gelingt, an andern noch nicht. In Absprache mit dem Präsidenten des Gewerbevereins und weiteren Vorstandsmitgliedern wird bereits im Oktober - entgegen dem Beschluss des Einwohnerrats - das Thema vertieft angegangen.

FDP: M. Ziegler erwähnt, dass ein wesentliches Problem nicht das Parkieren für die Gewerbetreibenden in Binningen ist, sondern der Handwerker, welcher zur Auftrags erledigung von Binningen nach Allschwil oder von Basel nach Reinach fahren muss. Deshalb ist die Angelegenheit umfassender anzupacken. Im Weiteren hängt die Entscheidung allein vom Motionär ab, ob er bereit ist, den Vorstoss in ein Postulat umzuwandeln. Er ist überzeugt, dass sich dann eine Ratsmehrheit findet für die Überweisung.

SVP: U.-P. Moos entgegnet *C. Simon*: Das letzte Gespräch fand seines Wissens am 15. April statt. Laut Aussage Gewerbeverein wurde seither nichts mehr besprochen. Seine Motion reichte er am 18. April ein. In Anbetracht der Unstimmigkeiten hat er kein Vertrauen in den Gemeinderat und ist nicht bereit zur Umwandlung in ein Postulat.

Mit 28 Ja zu 8 Nein wird beschlossen:

://: Die Motion, Einführung einer Gewerbeparkkarte, wird nicht an den Gemeinderat überwiesen.
--

Traktandum 9

Präsident U. von Bidder gibt bekannt, dass es inzwischen beinahe 22.00 Uhr ist. Die Traktanden 7 und 8 werden zurückgestellt. Die Anfrage wird hingegen noch beantwortet.

Anfrage SVP: Einweihung Schlosspark am 30./31.8.2008, Gesch. Nr. 209

Gemeinderat M. Joset orientiert, dass infolge der Verzögerung aus bekannten Gründen erst vor wenigen Monaten mit der Organisation der Feier begonnen werden konnte. Zur ersten Frage, wer zeichnet verantwortlich für das Fest: Der Gemeinderat. Zu Frage 2: Aus welchen Personen setzt sich das Organisationskomitee zusammen: Abteilungsleiter Schule, Bildung und Kultur, P. Bollinger; Hannes Schulthess als Vertreter der Binninger Musik- und Gesangsvereine sowie Frau Bättig Knotek als Vertreterin des Kunstvereins, ausserdem die Pächter des Binninger Schlosses: Frau Dilitz oder Herr Theler, ausserdem sind die Herren Eichenberger und Dürrenberger, welche beim Fest 'Binnige Botz 1000' von Event Schweiz Unterstützung boten, engagiert. Vom Gemeinderat sind Agathe Schuler und er als Vorsitzender dabei. Wenn nötig werden Angestellte der Verwaltung zugezogen. Zu Frage 3, wie viel Geld steht zur Verfügung: Der Gemeinderat hat 100'000 Franken aus dem Kulturfonds zur Verfügung gestellt. Zu Frage 4: Wie können sich das Binninger Gewerbe und Vereine und die Einwohner aktiv beteiligen: Es wird bewusst kein Riesenfest geplant. Es soll gezielte Veranstaltungen geben vom Samstagnachmittag bis Sonntagnachmittag. Für die Kinder z. B. Auftritte von Clowns, Zauberern, Märchenerzählern usw.; für die Erwachsenen kulturelle Darbietungen. Der Einweihungsakt findet am Samstagabend um 18.00 Uhr statt mit dem "Theater am Wäg" (kabarettistisch, historisch), mit Musikschulkonzerten, eine Tangogruppe tritt auf. Am Sonntag wird eine Jodler-Messe stattfinden, es wird Jazz-Darbietungen geben usw. Für die Gastronomie ist ausschliesslich das Schloss zuständig mit verschiedenen Verpflegungsangeboten. Im Imhof-Haus werden Führungen durch Fachleute angeboten.

Gemeindepräsident C. Simon gibt einen kurzen Zwischenbericht betreffend Kronenplatz-Kreisel. Nachdem der Einwohnerrat zwei Vorschläge des Gemeinderats zur künstlerischen Gestaltung zurückgewiesen hat, ist nun das für den Kreisel zuständige kantonale Tiefbauamt am Zug. Einstweilen wird durch die Gemeindegärtnerei die Fläche bepflanzt. Alle Arbeiten sind voraussichtlich Ende Oktober abgeschlossen.

Präsident U. von Bidder hält kurz Rückblick über sein eher ruhig verlaufenes Präsidialjahr. Zuerst möchte er herzlich danken nicht nur dem Ratskollegium, auch dem Gemeinderat und der Verwaltung für die Unterstützung, die er erfahren durfte. Ein paar wichtige Geschäfte dieses Amtsjahrs sind hervorzuheben, wie z. B. der Verkauf der Liegenschaft Neubadrain 2, der Kredit für die Neusatz-Schulanlage, das Konzept für öffentliche Kinderspielplätze sowie die im Mai beschlossene Revision der Gemeindeordnung sowie des Finanzreglements. Weitere Geschäfte wie die Ortsplanungsrevision und die Einführung einer freiwilligen Tagesschule werden auch im kommenden Amtsjahr den Rat beschäftigen.

Ausserdem hatte die Öffentlichkeit im Januar 2008 Gelegenheit, die Baustelle des Schlossparks zu besichtigen. Im Februar fanden die Erneuerungswahlen statt und beim Kronenplatz kommt der Abschluss der Bauarbeiten in Sichtweite.

Schliesslich ein Blick auf besonders bedeutende Geschäfte in der neunten Legislatur: Im September 2004 kommen die Leistungsaufträge in den Einwohnerrat. Es wird ausserdem ein Wettbewerb für das Alterszentrum Schlossacker ausgeschrieben. Aus dem Jahr 2005 ist die Totalrevision des Behördenreglements zu erwähnen, eine rückwirkende Steuersenkung auf 46 % wurde beschlossen sowie der Generelle Entwässerungsplan verabschiedet. Und im Dezember wurden erstmals 10 Globalbudgets genehmigt. Im 2006 begann mit der Kenntnisnahme der räumlichen Entwicklungsstrategie die Revision der Ortsplanung Gestalt anzunehmen.

Im 2007 wurden das Parkraumreglement als auch das neue Personalreglement beschlossen. Um den Zusatzkredit für das Projekt Schlosspark entstanden Turbulenzen. Der Rat genehmigte auch einen Kredit für den Neubau eines Garderobengebäudes im Gartenbad Bottmingen.

Verabschiedungen aus dem Einwohnerrat (nach Dienstalter)

Von der Altersguillotine betroffen ist *Urs Rediger, SVP*. Er war die ersten zwei Jahre Mitglied der BPK, anschliessend der FRPK, des Büros und die letzten sechs Jahre der GRPK. Er wirkte auch in vier wichtigen Spezialkommissionen mit. Überdies war er seit 2000 Fraktionspräsident.

Markus Trautwein, SVP, trat im 2000 ein und war sogleich Mitglied der BPK und die letzten vier Jahre deren Präsident. Auch er wirkte in zwei Sonderkommissionen mit.

Esther Riem, SVP, rückte im Herbst 2002 nach. Ihr fiel es zu, vor vier Jahren als "Alterspräsidentin" die konstituierende Sitzung im 2004 zu eröffnen.

Gaida Löhr Vanoncini, SP, war bereits Ratmitglied in der fünften und sechsten Legislatur. Sie rückte im 2005 nach. Auch sie war aktiv in vier Spezialkommissionen, bis vor Kurzem in jener für die Einführung der Tagesschule. Seit acht Jahren ist sie überdies im Sekundarschulrat, seit 2004 deren Präsidentin.

Mirjam Schmidli, Grüne, ist Anfang 2003 nachgerückt. Die letzten vier Jahre war sie Mitglied der GRPK und Fraktionspräsidentin. Sie legt ihr politisches Amt nieder, weil sie sich entschieden hat, nebenberuflich noch ein Studium zu beginnen. Für diesen Schritt wünscht er ihr viel Erfolg.

Guido Köhler, kam im Februar 2003 für die ausgetretene Tonia Bischofberger. Die letzten vier Jahre war er Mitglied der BPK. Vielleicht rückt er schon bald wieder als Parteiloser in der SP-Fraktion nach.

Für ein kurzes Gastspiel im Einwohnerrat von nur gerade drei Monaten reichte es *Ankica Rietschi, FDP*, welche für Markus Metz nachrückte.

Präsident U. von Bidder dankt allen Austretenden für ihr Engagement und wünscht ihnen alles Gute.

Verabschiedungen aus dem Gemeinderat

Infolge der Amtszeitbeschränkung müssen zwei langjährige Exekutivmitglieder verabschiedet werden. *Jürg Saxer* hatte stets das Finanzdepartement inkl. Informatikbereich unter sich. Seiner umsichtigen Sparpolitik ist es zu verdanken, dass Binningen seit Ende der 90-er Jahren schuldenfrei ist. Er vertritt die Gemeinde weiterhin in der Vorortskonferenz und im Verband Basellandschaftlicher Gemeinden. In letzterer setzt er sich besonders für die Übergabe der Sekundarschulhäuser an den Kanton sowie für den neuen Finanzausgleich ein.

Auch *Marc Joset* muss zurücktreten. Er war seit 1995 zuerst für die Abteilung Verkehr und öffentliche Sicherheit zuständig, seit dem Jahr 2000 für Bildung, Kultur und Sport. Unter seiner Leitung sind die ersten Tempo 30-Zonen umgesetzt worden; als Kultur-Verantwortlicher war er massgeblich an der Entstehung des Binninger Geschichtsbuches zum 1000 Jahr-Fest beteiligt, nebst der Umsetzung des Bildungsgesetzes, wie beispielsweise Einführung der Blockzeiten inkl. Kindergärten und vielem mehr. Obwohl er zusätzlich auch im Landrat tätig ist, lautet sein kluges Motto: "Alles ist Politik - aber Politik ist nicht alles".

Beiden geschätzten Persönlichkeiten wünscht Präsident U. v. Bidder nach diesem intensiven Einsatz etwas mehr Ruhe und Zeit für andere Bereiche oder einfach für sich selber.

Vizepräsident A. Braun verabschiedet schliesslich nach 14 Amtsjahren den erfahrenen Einwohnerats-Präsidenten *Urs von Bidder, EVP*. Er schloss sich mit der Jungen Liste zu einer Fraktion zusammen. Zwischen 1994 und 2000 war er BPK-Mitglied, seit 2004 Fraktionsmitglied der Grünen. In der zu Ende gehenden Legislatur wirkte er in drei Spezialkommissionen aktiv mit. Als Höhepunkt seiner kommunalpolitischen Karriere war er im vergangenen Jahr Parlamentspräsident. Als Landrat amtet er weiterhin auf kantonaler Ebene. Besonders wichtig war ihm die Einführung der Tempo 30-Zone im Neusatzquartier sowie der Blockzeiten an der Primarschule. Seine Umsicht und Fairness machten die Zusammenarbeit sehr angenehm. Für das grosse Engagement zu Gunsten der Öffentlichkeit gebührt ihm grosser Dank. Für die Zukunft wünscht er ihm herzlich alles Gute.